

28.3.01

Wiesbaden

„Beitrag zum sozialen Frieden in der Stadt“

Existenz des „Lichtblicks“ durch Vereinbarung zwischen Stadt und Kirche gesichert

► Eine zwischen der Stadt und dem protestantischen Kirchenbezirk Neustadt geschlossene Vereinbarung soll den Fortbestand der Tagesbegegnungsstätte „Lichtblick“ sichern. Wie die RHEINPFALZ mehrfach berichtete, war die Existenz dieser Einrichtung für Obdachlose und sozial Schwache gefährdet, weil das Arbeitsamt die Stelle des Leiters der Einrichtung nur bis Februar 2001 gefördert hat. Die Stadt wird nun die Kosten von jährlich rund

80 000 Mark für die Leitungsstelle übernehmen. Für dieses Geld wird im Einvernehmen mit dem Protestantischen Kirchenbezirk ein Mitarbeiter eingestellt und von der Stadt für die Tagesbegegnungsstätte abgestellt. Eingestellt wird der bisherige Leiter des „Lichtblicks“, Hans Eber-Huber, sagte Oberbürgermeister Weiler. In einem der Vereinbarung angegliederten Vertrag ist ferner geregelt, dass die fachliche Aufsicht über den Leiter beim Kir-

chenbezirk liegt, die sonstigen Arbeitgeberrechte bleiben bei der Stadt.

Auch bleibt der Kirchenbezirk weiterhin Träger der Einrichtung und behält dort das Hausrecht. An der Konzeption des „Lichtblicks“ soll sich nichts ändern. Haushalts- und Stellenpläne sollen vom Kirchenbezirk in Absprache mit der Stadtverwaltung erstellt, und auch alle anderen Fragen in Absprache geregelt werden. Die Stadt wird außerdem Mitglied im Förder-

kreis Lichtblick. Die Stadt wolle nicht nur zahlen, sondern sich auch in die Arbeit einbringen, sagte Weiler. Dekanin Heide Müller bezeichnete die Vereinbarung als einen „Beitrag zum sozialen Frieden“ in der Stadt und eine Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit, die im „Lichtblick“ geleistet werde. Auch jene 50 000 Mark Zuschuss, mit der eine weitere Stelle im Lichtblick finanziert wird, will die Stadt weiterhin zur Verfügung stellen. (ann)